

Michael Humphrey  
Volker Hans Rey

# DAS DEUTSCHE DESASTER

Wie die Deutschen um die Demokratie  
betrogen werden und warum Europa  
kaum bessere Aussichten hat

R. G. Fischer

Michael Humphrey  
Volker Hans Rey

# **DAS DEUTSCHE DESASTER**

Michael Humphrey  
Volker Hans Rey

# **DAS DEUTSCHE DESASTER**

Wie die Deutschen um die Demokratie  
betrogen werden und warum Europa  
kaum bessere Aussichten hat

R. G. Fischer Verlag

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2014 by R.G.Fischer Verlag  
Orber Str. 30, D-60386 Frankfurt/Main  
Alle Rechte vorbehalten  
Schriftart: Minion Pro 11pt  
Herstellung: RGF/bf  
ISBN 978-3-8301-1648-6 PDF

Für  
Giuseppina Kilic



# Inhalt

<b>Auf ein Wort ...</b> .....	11
<b>Scheindemokratie Deutschland</b> .....	17
Alle Staatsgewalt geht nicht vom Volke aus .....	17
Das Versagen der Kontrollmechanismen .....	21
Maßlose Staatsverschuldung .....	26
Deutschland im Spiegel .....	31
Gesellschaftsordnung .....	35
Verfassungsorgane .....	38
Verfassung der Verfassungsorgane .....	40
Die Akte »Christian Wulff« .....	44
Was Volksvertreter treiben .....	49
Spielplatz Partei-Politik – Sandkasten Europa .....	56
Was (sich) Politiker leisten .....	61
Politiker verdienen gut? .....	65
Transparenz – wie undurchsichtig .....	69
Politik bricht Recht, sogar Grundrechte .....	75
Wahlkampf .....	84
Demokratie gesucht .....	91
Vergeuden von Steuergeldern .....	96
Snobiety zahlt keine Steuern .....	101
Korruption .....	104
Politlobbyismus .....	107
Das teure Staatsoberhaupt .....	108
Föderalismus – alles kostet mehrfach .....	109
<b>Der Euro-europäische Albtraum</b> .....	111
Stationen einer Schussfahrt .....	113
Elaborat einer Errettung .....	119
Fiskalpakt .....	121
ESM .....	127
EZB .....	131

Ankauf maroder Staatsanleihen .....	133
Goldankäufe .....	135
Target-II-Forderungen .....	136
Ratings .....	140
Bankenunion .....	145
Europas letzte Station .....	150
<b>Das bewirkt die Eurokrise .....</b>	<b>151</b>
Insolvenzverschleppung .....	152
Kürzung aller Einkommen .....	158
Niedriglöhne .....	160
Mindestlöhne .....	161
Kürzung aller Sozialleistungen .....	164
Jugendarbeitslosigkeit .....	166
Altersarmut .....	167
Arbeitsplatzabbau und Arbeitsplatzverlust .....	169
Pläne zur Enteignung des Bürgers .....	170
Der neue »Zehnt« .....	174
Bald ohne Bargeld .....	177
<b>Deutschland bankrott .....</b>	<b>181</b>
... zum Ersten .....	183
... zum Zweiten .....	184
... zum Dritten .....	186
Nachruf auf ein erlahmtes Land .....	190
<b>Die Vereinigten Staaten von Europa .....</b>	<b>195</b>
Handlungsfähigkeit der Politiker .....	196
Unabhängigkeit der Währungen .....	202
Die Zukunft des Euro .....	202
Viele Länder – eine Demokratie? .....	204
Deutschlands Platz in Europa .....	206
<b>Das morgige Deutschland .....</b>	<b>209</b>
Entdiktatisierung .....	210
Der Politiker von morgen – der Bürger von morgen .....	212



Öffentlichkeitsarbeit der Regierung .....	212
Pressearbeit .....	214
Politische und wirtschaftliche Bildung für alle .....	216
Echte, direkte Demokratie .....	218
Kontrolle der Mächtigen – Unabhängigkeit der Richter .....	226
Unabhängige Staatsanwaltschaft .....	228
Zugang der Bürger zum Gericht .....	230
Eine neue Verfassung für Deutschland .....	231
<b>Zum Schluss ist zu sagen ...</b> .....	247
<b>Schlusssatz</b> .....	251
<b>Literaturempfehlung</b> .....	253



## Auf ein Wort ...

Europäische Banken zeigen Nerven und weil das so ist, ist uns Deutschen auch ganz flau. Kein Mensch wagt zu glauben, dass der Euro noch zu retten ist, hofft aber darauf. Ständig gibt es neue Rettungsprogramme und all die Unionen – Schuldenunion, Europäische Union, Europäische Währungsunion, Transferunion (inklusive Fiskalpakt und ESM) und die europäische Bankenunion – sie sollen dazu beitragen, dass der Euro und auch Europa gerettet werden. Kanzlerin Merkel spricht davon und ist so vermessen, das Wohl des Euro an das Wohl Europas zu ketten.

Seit Einführung des Euro unterwirft sich die Gemeinde dem sich täglich entwertenden Euro. Das täuscht darüber hinweg, dass die Bundesrepublik in all ihren Jahren kaum einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorlegte und zudem durch Fehlentscheidungen, wie die Einführung der Umlageverfahren in den gesetzlichen Sozialsystemen, Schulden um Schulden anhäufte, die schon die Währung D-Mark entwerteten.

Im Jahre 1948 waren 100 D-Mark noch 100 D-Mark. Zu Zeiten der Wiedervereinigung entsprachen 100 D-Mark einer Kaufkraft von 33,57 D-Mark. Bei Einführung des Euro 2001 lag die Kaufkraft der D-Mark bei 25,32, was 12,95 Euro entsprach. Zu dieser Zeit war der Staatshaushalt so überlastet, dass er kaum mehr zu retten war. Einzig die Währungsreform zum Euro hin, verschaffte politischen Jongleuren Zeit, den Staatsbankrott zu verzögern. Seit 2001 entwertete sich der Euro auf nur noch 10,64 (Stand 2013).

Obwohl der Euro vorübergehend dabei half, Schulden abzubauen, verkanteten Politiker, dass die Gemeinschaftswährung zu fortwährenden Schulden führt. Schon Kanzler Helmut Schmidt wollte eine Einheitswährung; Kanzler Kohl ebnete den Weg. Für nachrückende Regierungschefs und auch für Regierungschefin Angela Merkel wären Alternativen möglich gewesen; alle aber ließen sie ungenutzt.

Ökonomen, Juristen, Politiker und Journalisten, wie beispielsweise Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Bolko Hoffmann, Hennig Voscherau oder Klaus Peter Krause wiesen darauf hin, wie wenig Aussicht der Euro als stabile Währung haben könnte, wurden aber von der Eurobesessenheit überrollt, die Widerspruch ablehnte und auch durch Staatspresse erwürgte.

Nach dem Mauerfall im November 1989 und dem Zerfall des Ostblocks unterschrieben die vier Siegermächte Großbritannien, USA, Sowjetunion und Frankreich am 12. September 1990 den »Zwei-plus-Vier-Vertrag«. Damit war der Weg frei für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Der französische Staatspräsident François Mitterrand (Staatspräsident von 1981 bis 1995) verband mit seiner Unterschrift zur deutschen Wiedervereinigung die Zusage Kanzler Kohls, dass der Euro eingeführt werden könnte. Kohl stimmte zu.

Wie im Delors-Bericht vorgeschlagen, wurde in drei Schritten die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion begründet. Am 1. Juli 1990 wurde der freie Kapitalverkehr zwischen den EG-Staaten möglich. Der Vertrag von Maastricht (1992) setzte die rechtlichen Grundlagen für die am 1. Januar 1994 beginnende zweite Stufe der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI, die Vorgängerinstitution der EZB), zudem wurde die Haushaltslage der Euro-Mitgliedstaaten überprüft. Am 1. Januar 1999 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet und die endgültigen Euro-Wechselkurse der nationalen Währungen festgelegt. Am 2. Mai 1998 beschloss Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (darunter Helmut Kohl) in Brüssel die Einführung des Euro.

Kohl muss bewusst gewesen sein, dass er gegen den Willen der Bevölkerung handelte, denn er verlor die Bundestagswahl vom 27. September 1998; genützt hat es den Kohlabbwählern nichts, denn die Verträge waren ohne Befragung des Volkes geschlossen worden.

Heute lastet der europäische Unionsalp auf den deutschen Steuerzahlern, die Staatsbankrotte verschieben. Um noch ein Jahr, um noch ein

weiteres – kaum wissend, wie lange sich der Crash hinhalten lässt. Das Märchen von der Sparpolitik, die Lüge vom stabilen Euro und der Traum vom vereinten Europa sind geplatzt. Allein Parteilinientreue, Lobbyisten, Banker und Wirtschaftsbosse glauben noch an ihn, denn sie verdienen am Verfall des Euro und verraten damit, was die Europäer verbindet: Die Koexistenz der Völker, meist friedlich, denn in 2000 Jahren haben die Europäer eine Staatengemeinschaft geschaffen, die für Werte steht, wie Toleranz, Frieden, Freiheit und Weltoffenheit.

Diese Werte dem Müll einer durch politischen Wahn und im Zwang der Diktatur geschaffenen Einheitswährung gleichzusetzen, an deren Folgen Generationen zu tragen haben werden, ist eine der politischen Missleistungen unserer Zeit, wenn nicht gar die schlimmste, denn sie unterbricht die Entwicklung des Zusammenwachsens der europäischen Völker.

Deutschlands Rolle in diesem Gefüge mag unbedeutend sein – oder bedeutend, aber wenn Werte, wie Demokratie und Freiheit gelten sollen, so muss Deutschland sie für sich entdecken und umsetzen lernen.

Gegenwärtig werden diese Werte der Krise des Euro geopfert, die gleichermaßen eine politische Krise ist, eine Krise des Staatswesens, der Demokratie und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb muss endlich echte, direkte Demokratie gelten. Politik muss kontrolliert werden.

Dazu ist eine neue Rechtsordnung für Deutschland nötig, die auf demokratisch-politischer Bildung und Mitbestimmung des Volkes basiert. Längst überholte Gesetze müssen erneuert werden und das Bekenntnis Deutschlands als endlich souveräner Staat, der mit allen Ländern der Welt in Frieden lebt, muss getroffen werden. Grundlage ist eine Verfassung, die die Diktatur der Parteien beendet und Grundstein für die Zusammenarbeit mit den Ländern der europäischen Gemeinschaft ist. Eines Tages entspricht dies dann vielleicht dem Appell des europäischen Einigungsvertrages: *»In dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Ordnung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter*

*Gebiete verringern.*« (Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 25.3.1957)

Dieses Buch zeigt die Entwicklung des größten Volksbetruges aller Zeiten, der, dass Deutschland eine Demokratie sein wollte und es niemals war und wie es sogar so weit kam, dass auch Europa zur Scheindemokratie werden muss. Das Buch zeigt, wie Machterhalt und politische Selbstdarstellung in einer Medienwelt funktionieren, die alles berichtet, aber das Wichtigste verschweigt: Die Menschheit ist in 100 Jahren seit dem Beginn des 1. Weltkrieges kaum einen Schritt vorangekommen. Vermeintliche Fortschritte dienen einem Zweck: dem Profit. Dieser Profit dient der Macht.

Dennoch ist die Lage nicht aussichtslos. Es gibt Alternativen und auch diese zeigt dieses Buch auf. Es ist an den Wählern, sich zu überlegen, wem sie glauben wollen und wem sie ihre Stimme geben. Die fetten Jahre sind vorbei; die kommenden aber kann jeder mitgestalten. Ansonsten wird es lange so bleiben, dass wenige Macht und Geld haben und viele für diese Mächte arbeiten müssen, ohne je, auch nur den Hauch einer Chance zu haben, etwas für sich gewinnen zu können.

Die Durchtriebenheit der politischen Garde unserer Tage jagt keinen gleich in den Tod, aber sie wird auch nicht dafür sorgen, dass das Leben sicher, gesund und so wertvoll ist, wie es vom Volk gewünscht wird. Die Bürger dieses Landes, wie die Bürger aller Euroländer, dürfen dies wünschen, denn sie arbeiten, handeln, denken, lernen dort, wo Dinge des täglichen Lebens die Hauptrolle spielen – nicht dort, wo Politiker, Wirtschafts- und Bankenbosse Pläne schmieden.

Derartige Missstände aufzuzeigen, haben sich die Autoren gemeinsam mit Freunden der Initiative »Menschen für Demo-kratie« zur Aufgabe gemacht und betreiben die Internetplattform:  
[www.menschenfuerdemo-kratie.de](http://www.menschenfuerdemo-kratie.de)

Wöchentlich erscheinen dort Kommentare und Berichte zu Themen, die von der sonstigen Presse gern übersehen oder aber nicht Tatsachen

folgend kommentiert werden. Jeden Monat lesen 40.000 Menschen diese Beiträge. Zudem verfolgen die Freunde der Demokratie strafrechtliche Verstöße von Wirtschaft und Politik.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Anmerkungen verzichtet. Hinweise auf z. B. Bücher, Autoren, Studien, Umfragen oder Websites erfolgen im Text.

Für Auskünfte und Informationen, Beratung und Denkanstöße gilt besonderer Dank dem Team der Kanzlei Simon Jakob & Kollegen, Heidelberg, die als Impressumsführer der Internetplattform *www.menschenfuerdemo-kratie.de* auftreten und die Interessen der Gruppe »Menschen für Demo-kratie« vertreten.

Da dieses Buch – und auch eine Internetseite – kaum ohne viele helfende Hände zustande kommen kann, danken wir u.a. den nie müde werdenden Tippfingern von Nicole Pollok, Lilo Schmitt und Frau Brigitte Fuchs - und allen Freunden, die das Projekt auf ihre Weise unterstützten, so Katja Stürzer, die Informationen beschaffte, Andreas Sawusch, der mit Hingabe und immer zuverlässig die Internetseite pflegte und den Mitarbeitern von Global-Text Fachübersetzungen, die dafür sorgten, dass die MfD-Texte in aller Welt gelesen werden können, sowie allen nicht Genannten für ihre Mitarbeit.

Besonderer Dank gilt dem engagierten Einsatz von Frau Peggy Wolf als freie Publizistin für die weitere stilistische Aufbereitung der Texte auf der Webseite *www.menschenfuerdemo-kratie.de* und die dafür vorgenommenen Recherchen; ebenso für ihre Tätigkeit für die hier vorliegende Veröffentlichung, die wir besonders würdigen möchten.

*Ladenburg und Wiesenbach  
(beide bei Heidelberg), im Januar 2014*

*Dr. Michael Humphrey und Volker Hans Rey  
(auch als Initiator des Projekts Menschen für Demo-kratie)*





# Scheindemokratie Deutschland

Die Frage, was mit Deutschland passierte, berührt viele Gebiete. Staatsordnung, politische Interessen, vor allem aber das Wohl des Volkes. An dieses haben Politiker seit Gründung des Staates kaum gedacht, obwohl es in Erklärungen oft hieß, dass die Regierung in keinem anderen Interesse handeln würde. Die Frage ist, ob und wie Politik in der Lage war, zu handeln, denn Deutschland hat seit dem 2. Weltkrieg mit Altlasten zu kämpfen, die einerseits die Entwicklung des Landes als freies, demokratisches Land hemmten, zum anderen dafür verantwortlich waren, dass politische Entscheidungen so getroffen wurden, wie sie getroffen wurden. Das führte dazu, dass Deutschland eine Scheindemokratie werden musste, die dem Machtstreben der Politik genauso ausgeliefert ist, wie den Interessen der Wirtschaft und Banken.

## Alle Staatsgewalt geht nicht vom Volke aus

Im Jahre 1949 galten auf deutschem Boden erstmals in der Geschichte zwei Verfassungen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 verkündet und galt ab dem 24. Mai 1949. Bis zur deutschen Wiedervereinigung nannte es Staatsrechtler, Vater des Grundgesetzes und SPD-Politiker Carlo Schmid »*provisorisch*«; der erste Bundespräsident Deutschlands, der Politikwissenschaftler und Journalist Theodor Heuss nannte es »*Durchgangsforum*« (Transitorium) und sah darin die Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Europa, angelehnt an das Nervaforum, das dritte der vier Kaiserforen in Rom. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik galt ab dem 7. Oktober 1949, dem Tag der Staatsgründung, und wurde knapp 20 Jahre später, am 9. April 1968, durch eine überarbeitete Version ersetzt, die 1974 nochmals verändert wurde. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Seither gibt es keine Verfassung für das Deutschland dieser Tage.

Hatte es 1949 in der einleitenden Erklärung, der Präambel, des Grundgesetzes geheißten: *»(...) Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«*, so schaffte es dieses Anliegen nach Mitbestimmung des Volkes nicht in die Präambel des Grundgesetzes, wie es seit dem Tag der Wiedervereinigung gilt. So mag es zunächst erscheinen, als sei der Grundsatz nach aller Staatsgewalt, die vom Volke auszugehen habe (Art. 20 II 1 GG), untergegangen. Offen bleibt, ob das Gesetz, das 1949 verabschiedet wurde und dem bis heute alle deutschen Gerichte als Grundlage allen deutschen Rechts folgen, überhaupt als staatsrechtliche Grundlage dienen konnte? Einzig auf Basis der Mitbestimmung des Volkes hätte sich Deutschland als demokratisches Land bezeichnen dürfen, denn dann wären Kontrollen gültig, die verhindern, dass die Staatsgewalt, die vom Volk ausgeht, durch Machtkartelle ersetzt werden kann. Diese Kontrollen gibt es, aber sie dienen dem Schutz der Scheindemokratie.

Politik oder besser Parteipolitik bestimmte seit Gründung die Geschicke des Staates. Der Begriff Demokratie scheint somit in viele Richtungen auslegbar. Als das Grundgesetz geschaffen wurde, war Demokratie keine Grundlage für die Abfassung der Staatsordnung. Das belegt Otmar Jung in seinem Buch *»Grundgesetz und Volksentscheid«* (Jung, Otmar, Grundgesetz und Volksentscheid – Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen der direkten Demokratie, 1994, Westdeutscher Verlag, Opladen). Er stellt fest: *»(...) und verdrängen dabei, daß die Gründung dieses Staates ein mutiger Sprung ins Unbekannte war, der sich gewiss gelohnt hat, an dem aber auch einfach wahr bleibt, daß er mit Demokratie wenig zu tun hatte.«*

Das Grundgesetz entstand nicht durch Abstimmung des Volkes. Es wurde auch nicht von einer vom Volk frei gewählten verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet bzw. beschlossen; es galt, weil viele Bundestagswahlen vergessen machten, dass das Volk nie über das Gesetz abgestimmt hatte. Bundestagswahlen wurden mit Legitimierung des Grundgesetzes gleichgesetzt. Das Grundgesetz galt einer Art Gewohnheitsrecht zufolge.

In den Besatzungszonen der Amerikaner, der Franzosen und Engländer galt das Recht der Siegermächte. Zur Zeit der Weimarer Republik und auch nach dem Krieg war der rheinland-pfälzische Justizminister Süsterhenn folgender Meinung darüber, wie eine Verfassung zu gestalten ist: *»Es gibt zwei Methoden, eine Verfassung, eine Ersatzverfassung in die Welt zu setzen. Einmal ist das der Weg des Plebiszits und zweitens der Weg über eine demokratisch direkt gewählte Versammlung.«* (Jung, Otmar, Grundgesetz und Volksentscheid, S. 25 und 211, vgl. außerdem Jung, Grundgesetz und Volksgesetzgebung, S. 208 unter Hinweis auf Mußgnug, Zustandekommen des Grundgesetzes in Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, S. 254 f.) Dies mag dem Aberglauben deutscher Parteipolitiker entsprochen haben, dass sie in irgendeiner Weise in Deutschland eine Staatsordnung errichten könnten, die nicht von den Siegermächten kontrolliert und beeinflusst sein würde.

Mit der fehlenden direktdemokratischen Verankerung des Grundgesetzes (kein Plebiszit) stimmt überein, dass das Grundgesetz bis heute keine direktdemokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten des Volks vorsieht. Die Entscheidung für ein volksfernes Verfassungsgebungsverfahren scheint damit nicht nur rein formaler Natur zu sein, sondern bedeutet zugleich eine materielle, inhaltliche Entscheidung gegen jegliche Formen direkter Demokratie. Parteien bestimmen in Deutschland, aber auch sie haben beschränkte Rahmen, denn seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist Deutschland kein souveräner Staat.

Deutschland mag in der Wirtschaft führend sein, der Fleiß der Deutschen ist legendär, aber die Verwaltung beider Staaten war kaum Angelegenheit der Deutschen, schon gar nicht des Volkes. Seit 1949 lag sie ja in Händen von Parteipolitikern, die in beiden deutschen Staaten das Volk vertraten, sich gegen die Kontrolle der Siegermächte verwahrten und dennoch nach deren Gesetzen handeln mussten. In Nischen verfolgten die angeblichen Volksvertreter ausschließlich eigene Interessen – das Volk wurde über alle Vorgänge im Unklaren gelassen.

Seit der Wiedervereinigung kümmerte sich kein Politiker um eine gesamtdeutsche Verfassung. Seit dem 17. Juli 1990 gilt die »Verfassung

der DDR« nicht mehr, sie wurde mit dem Beitritt zur BRD – der sog. Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 aufgehoben. Doch was ist mit dem Grundgesetz der BRD? Es war eigentlich nur als Provisorium vorgesehen.

Helmut Kohl war es, der zur Zeit der Wiedervereinigung die gesamtdeutsche Verfassung verweigerte. Voraussetzung für diese wäre wiederum eine Volksabstimmung gewesen. Diese schloss der Parteipolitiker Kohl aus, der ein diktatorisches Imperium führte, das das Volk allenfalls als Steuerzahler wahrnahm. Kohl war kaum daran gelegen, das politische Gesicht und vor allem die politische Macht wegen Altlasten zu verlieren, von denen ein Historiker Ahnung gehabt haben dürfte, um nach dem errungenen Titel »Kanzler der Wiedervereinigung« den Titel »Kanzler aller Europäer« zu riskieren.

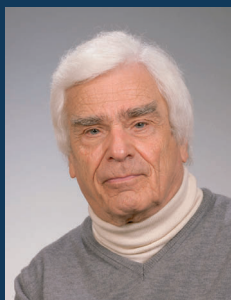
Wie Kollegen vor ihm, belog Kohl das Volk, indem er die neue Verfassung nicht zuließ. Er allein wäre dazu in der Lage gewesen, die deutsche Staatsordnung zu erneuern – das konnten seine Vorgänger zu Zeiten des »Kalten Krieges« nicht. Seine Nachfolger Schröder und Merkel sahen offenbar auch keinen Grund, das Volk über die Staatsverhältnisse aufzuklären. Sie schwiegen und deckten Machenschaften der Parteipolitik.

Das Provisorium Grundgesetz muss endlich durch eine Verfassung ersetzt werden, ansonsten bleibt das Land in den Händen von parteipolitischen Diktatoren, die nicht auf Basis einer vom Volk in freier Wahl angenommenen Verfassung agieren. Wir brauchen endlich eine durch Volksabstimmung demokratisch legitimierte Verfassung, die echte direkte Demokratie vorsieht – also das Recht der Deutschen, über ihre Belange frei und unmittelbar im Wege der Volksgesetzgebung abzustimmen. Art. 146 GG hat das immer so vorgesehen: Die Deutschen sollen sich nach der Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung geben. Es ist noch nicht zu spät!

Der Euro verbindet eine Bankrottgemeinde mit Insolvenzverschleppung. Die Schulden des Euro wirken auf alle EU-Länder, welche die täglich schwächer werdende Währung zähneknirschend stützen.

Deutschland ist eine Scheindemokratie, eine Diktatur der Geldhändler, deren Marionetten Politiker sind, die weiterhin gegen das Volk arbeiten.

Noch findet der Krieg auf den Konten statt. Diktatoren schüren Angst davor, dass Konten leer sein könnten, und bedienen sich zur gleichen Zeit an Geld, Vermögen und Werten, die ihnen nicht gehören. Die Presse berichtet nicht aufklärerisch, die Jurisprudenz urteilt nach parteipolitischen Interessen.



**Volker Hans Rey**, Jahrgang 1942, Steuerberater a. D., Diplom Versicherungssachverständiger, Wirtschaftsmathematiker mit dem Spezialgebiet der Alterssicherungssysteme, Initiator der Gemeinschaft »Menschen für Demokratie« ([www.menschenfuerdemokratie.de](http://www.menschenfuerdemokratie.de)), die dazu beitragen will, eine kritische Sicht auf Themen wie den ESM/Fiskalpakt und das geeinte Europa einer breiten Masse zugänglich zu machen und mit diversen Kampagnen gegen Rechtsverstöße des Staates vorgeht.



**Dr. Michael Humphrey**, Jahrgang 1975, Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkten Verfassungs- und Europarecht, Internationales Privatrecht und allgemeines Zivilrecht, initiiert und begleitet rechtliche Initiativen für »Menschen für Demokratie«, so Verfahren gegen die Bundesregierung wegen Veruntreuung von Steuergeldern, vor Sozialgerichten zur Festsetzung von Hartz IV oder Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den ESM/Fiskalpakt.

[www.rgfischer-verlag.de](http://www.rgfischer-verlag.de)

ISBN 978-3-8301-1642-4

€ 19,90 (D)